

Herbert Weiz, der frühere Vizeministerratsvorsitzende und Minister für Wissenschaft und Technik,

Bruno Lietz, Minister für Land- und Forstwirtschaft,

Gerhard Beil, Minister für Außenhandel,

Ernst Timm, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock und

Horst Stechbarth, Generalleutnant der NVA und Vizeverteidigungsminister.

Man hat in der DDR, auch das nur als Illustration und als Beispiel, selbst ehemalige Nationalsozialisten im Pressewesen immer wieder ausfindig machen können. Ich denke an Kurt Blecha, den Chef des Presseamtes der Regierung der DDR, Mitglied der NSDAP seit 1941;

Günter Kertzcher, stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Mitglied der NSDAP seit 1937.

Es hat selbst in der Staatssicherheit ehemalige Nationalsozialisten gegeben, die bis zum Generalsrang aufstiegen. Ich denke an Franz Gold, Generalleutnant im MfS und lange Zeit Chef der Hauptverwaltung „Personenschutz“, Mitglied der NSDAP seit 1938. Ein Mann, der, wie viele andere ehemalige Nationalsozialisten, sich erst unter dem Eindruck des Rußlandfeldzuges und der Mitgliedschaft im Nationalkomitee „Freies Deutschland“, zum Antifaschisten gewandelt hat. Ebenso z. B. Manfred Hummitzsch, Generalmajor der Staatssicherheit, Chef der Bezirksverwaltung Leipzig, Mitglied der NSDAP seit 1943.

Natürlich sollte man dies alles nicht überschätzen, aber man muß es im Kontext gerade zur Instrumentalisierung des Antifaschismus sehen. Die DDR-Agitation und -Propaganda hat immer wieder hervorgehoben, wie radikal die Säuberung der Justiz von ehemaligen Nationalsozialisten erfolgt ist. Das hinderte aber die Justiz der DDR nicht daran, von 1949 bis 1960 einen Präsidenten des Obersten Gerichtes zu haben, Kurt Schumann, der 1936 Mitglied der NSDAP geworden war und der während des Krieges als Kriegsgerichtsrat in der Wehrmacht Adolf Hitlers tätig geworden ist. Ein Mann, der unter anderem verantwortlich für ein politisches Todesurteil ist, gegen Joachim Wiebach, das Ulbricht, durch Handvermerk vor der Hauptverhandlung selbst angeregt hat. Ein Mann also, der auch hier Gehorsam bewies, wie er ihn vermutlich in der Nazizeit bewiesen hat.

Natürlich sind in der DDR auch Strafprozesse gegen Nazis und Kriegsverbrecher durchgeführt worden, deren Verurteilung durchaus als rechtens anerkannt werden muß, die also auch unter rechtsstaatlichen Voraussetzungen verurteilt worden wären. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß auch diese Prozesse politisch instrumentalisiert und genutzt worden sind, ich denke an die Waldheimer-Prozesse, worauf ich hier nicht näher eingehen brauche. Die Kehrseite der Medaille war, daß die SED auch die Verurteilung von Schuldigen aus der Nazizeit verhindert hat. Auch dafür zwei Beispiele:

Arno von Lenski war Gutachter und Beisitzer am Volksgerichtshof der nationalsozialistischen Diktatur, hat an Todesurteilen mitgewirkt, ist jedoch nie zur Rechenschaft gezogen worden.

Ernst Großmann, immerhin ein Mann, der es bis zur Mitgliedschaft im Zentralkomitee der SED gebracht hat, war früher, wie es später enttarnt wurde, zu SS-Zeiten als Wachposten im Konzentrationslager Sachsenhausen tätig. Er ist zwar aus dem ZK ausgeschlossen worden, aber nie zur Rechenschaft gezogen worden.

Noch zwei ergänzende Beispiele zu den erschütternden Namen und Beispielen, die Herr Fippel genannt hat.

Ich möchte hier Ernst Reschke erwähnen, zuletzt Leiter des Zuchthauses Bautzen, der eines Tages unter den Mitgefangenen, die 1950 aus sowjetischer Haft an die Volkspolizei übergeben wurden, frühere Mitgefangene traf, mit denen er, ein Altkommun ist, in der Nazizeit gemeinsam im Zuchthaus gesessen hatte, was dann zu seinem Protest führte, mit dem Ergebnis, daß er selbst vor ein sowjetisches Militärtribunal gestellt und verurteilt wurde und seine Proteste mit mehreren Jahren politischer Haft in Workuta bezahlen mußte.

Und zum Fall Robert Havemann vielleicht noch als kleine ergänzende Arabeske, daß der Rektor, der seine Relegation von der Universität betrieben hat, ein Mann namens Werner Hartke war, Mitglied der NSDAP.

(Einwurf: Entschuldigung, das war die Akademie.)

Entschuldigung, aber am Tatbestand hat sich dadurch nichts geändert. Damit möchte ich eigentlich meine Ausführungen schon schließen, vielleicht noch mit dem Hinweis, daß gerade die Instrumentalisierung des Antifaschismus unter den Bedingungen der SED-Diktatur auch dazu geführt hat, daß der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 als faschistischer Putschversuch diffamiert wurde, das entspricht derselben Logik, wie auch Herr Wilke hervorgehoben hat, daß die Ulbricht-Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet wurde. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ihnen, lieber Herr Fricke, einen ganz besonderen Dank, daß Sie sich darauf eingelassen haben, in so kurzer Zeit Ihr Gedächtnis zu befragen und Ihre Sachkompetenz zum Ausdruck zu bringen. Wir haben fünf Einführungsstatements oder Referate gehört und haben jetzt die Möglichkeit, miteinander darüber ins Gespräch zu kommen und Fragen zu stellen. Es liegen bisher zehn Meldungen vor. Der erste ist Gerd Poppe.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will weniger Fragen stellen, als vielmehr zu einem Vortrag ein paar Anmerkungen machen. Ich meine damit den Vortrag von Manfred Wilke.

Ich habe damit meine Probleme. Zwar ist die Tatsache, daß Antifaschismus von der SED zum politischen Kampfbegriff gemacht wurde und der Instrumentalisierung und Manipulierung diene unumstritten, das hat auch Herr